



KREIS
OSTHOLSTEIN



Newsletter – 3. Quartal 2023

**Migration und Teilhabe im Kreis
Ostholstein**

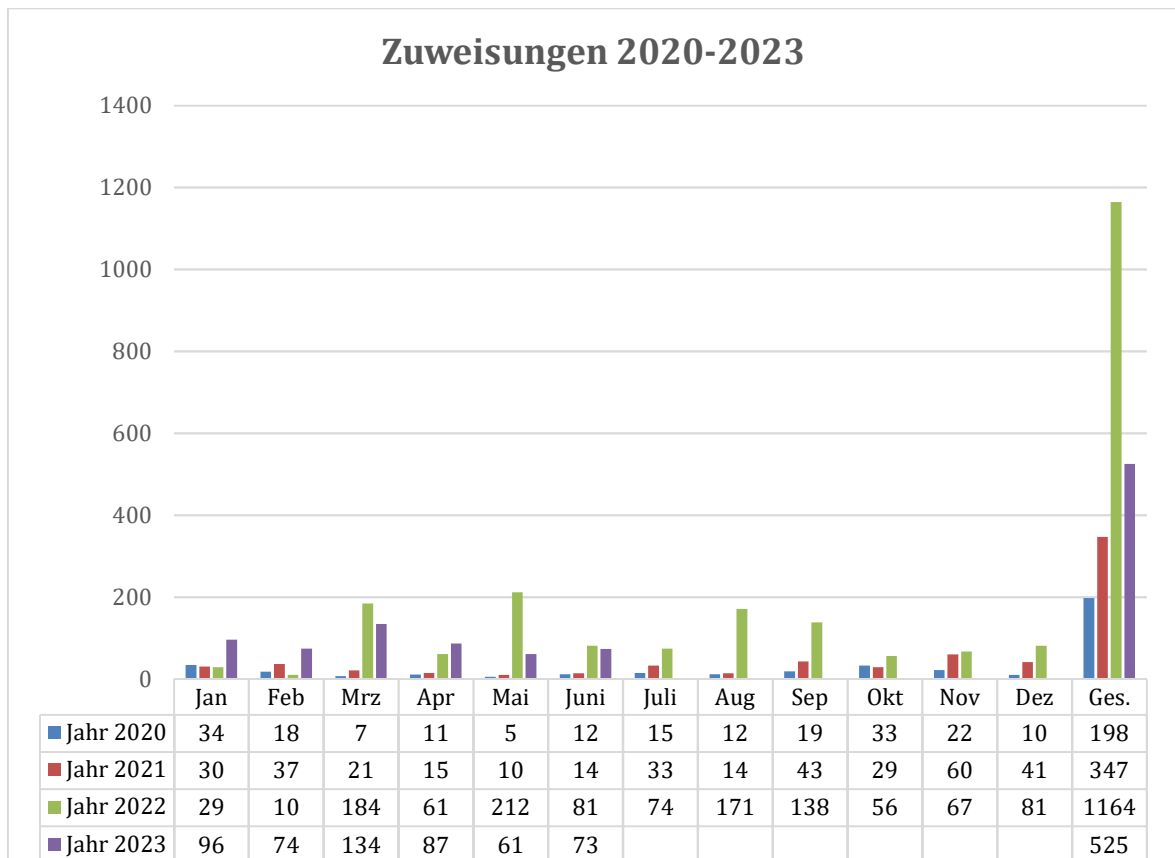
Inhaltsübersicht

Aktuelles aus dem Kreis Ostholstein	3
Zuweisungen 2. Quartal 2023.....	3
Migration in Zahlen für den Zeitraum 01. April bis 30. Juni 2023	4
„Hier muss man keine Angst um seine Sicherheit haben“	4
Die neue Koordinatorin der Beratungsstelle für ehrenamtliche Flüchtlingshilfe im Interview	5
Internationale Vätergruppe in Eutin erfolgreich gestartet	6
Am 23.05.2023 fand der 11. Deutsche Diversity-Tag statt.....	7
Aufruf - Interkulturelle Woche 2023	8
Aktionsprogramm Kommune – Frauen in die Politik!	9
Aktuelles aus Schleswig-Holstein	10
Auszüge aus dem Zuwanderungsbericht Schleswig-Holstein Mai 2023	10
„Leben in Schleswig-Holstein mit weiblicher Genitalbeschneidung, ein Tabuthema, das uns alle angeht.“ – FGM/C-Fachveranstaltung am 15.06.23	11
Aktuelles bundesweit.....	12
Entscheidungen beim Berliner Flüchtlingsgipfel im Mai	12
Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) sendet mit Gipfel im Juni Signal gegen Putins Krieg	14
Einigung von EU-Staaten am 08.06.2023 in Luxemburg:	15
Asylverfahren sollen verschärft werden	15
Terminkalender	16
Kontakt	17

Aktuelles aus dem Kreis Ostholstein

Zuweisungen 2. Quartal 2023

Im 2. Quartal 2023 wurden dem Kreis Ostholstein vom Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge 221 Menschen zugewiesen. Im Vorjahr 2022 waren es 1164 Personen und im Jahr 2021 waren es 347 Personen.



Migration in Zahlen für den Zeitraum 01. April bis 30. Juni 2023

Im Zeitraum 01. April bis 30. Juni 2023 wurden dem Kreis Ostholstein vom Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge insgesamt 221 Geflüchtete zugewiesen.

Familienstand:

Darunter waren 22 Familien mit Kindern, 44 Einzelpersonen und 8 Ehepaare.

Herkunft:

Die vier Hauptherkunftsstaaten der zu uns verteilten Geflüchteten sind die Ukraine (130; das entspricht ca. 60% aller Zugewiesenen), Syrien (29; ca. 13%), Afghanistan (23; ca. 10%) und der Irak (18; ca. 8%).

Geschlecht:

In diesem Quartal waren von den zugewiesenen Personen 110 weiblich und 111 männlich.

Alter:

Volljährig waren 143 Personen (das entspricht ca. 65% aller Zugewiesenen) und minderjährig 78 Personen (das entspricht ca. 35% aller Zugewiesenen).

„Hier muss man keine Angst um seine Sicherheit haben“

Karla:

„Man kann hier einfach auf der Straße gehen und auf sein Handy schauen, ohne Angst zu haben, dass es jemand klaut. Man kann das Portemonnaie in der Hosentasche haben. Den Rucksack auf dem Rücken statt vor der Brust.

Man muss das Auto nicht von innen verriegeln und kann die Handtasche trotzdem auf dem Beifahrersitz liegen haben, ohne Angst zu haben, dass jemand an der Ampel die Tür aufreißt und die Handtasche klaut. Sogar im Dunkeln kann man einfach zu Fuß durch die Straßen gehen. In Brasilien hatte ich immer Angst auf der Straße. Das Auto habe ich



immer von innen verriegelt. Und ich hatte immer etwas Bargeld griffbereit, das ich bei einem Überfall abgeben konnte, um die Diebe nicht wütend zu machen. Das echte Portemonnaie habe ich versteckt am Körper getragen.

Deutschland ist so ein sicheres Land, man muss keine Angst haben. Und keine Gitter vor den Fenstern.“

Der Text ist erschienen in der Broschüre „Was macht der Mülleimer im Wald? Der Alltag in Ostholstein, gesehen durch die Brille zugewanderter Frauen.“

Die neue Koordinatorin der Beratungsstelle für ehrenamtliche Flüchtlingshilfe im Interview

Frau Liane Schnee übernahm am 15.06.2023 die Aufgaben als neue Koordinatorin in der Beratungsstelle für ehrenamtliche Flüchtlingshilfe des Kreises Ostholstein.

Mit einem Interview möchten wir sie vorstellen:

Frage 1: Wie sah Ihr bisheriger Werdegang aus?

Nach meinem Studium der Sozialpädagogik und Soziologie habe ich mehrere Jahre in der Textilwirtschaft gearbeitet, bis ich 2017 in den dritten Sektor zurückkehrte und zuletzt in einem Mentoringprogramm in Hamburg gearbeitet habe.

Mein privat motivierter Umzug ins schöne Ostholstein und der Anknüpfungspunkt ans Ehrenamt haben mich hier in der Kreisverwaltung ankommen lassen.

Frage 2: Wie haben Sie sich auf die Stelle vorbereitet?

Ehrenamtliches Engagement unterscheidet sich doch deutlich im urbanen bzw. ländlichen Umfeld. Im Vorweg habe ich lediglich versucht einen ersten Eindruck und Überblick über die Ehrenamtsstrukturen und -initiativen in Ostholstein zu gewinnen. Grundsätzlich möchte ich frisch, frei und unbeschrieben in mein neues Tätigkeitsfeld starten.

Frage 3: Wie stellen Sie sich die ideale Unterstützung der Beratungsstelle für in der Flüchtlingshilfe ehrenamtlich Tätige vor?

Unterstützend. Informierend. Wertschätzend. Verfügbar. Praxisnah.

Konkret möglichst nah am Bedarf der Praktiker:innen mit Blick auf Beratung & Begleitung, Akquise, Vernetzung und der Schaffung belastbarer Strukturen sowie der (Wieder-) Anbindung an die Initiativen vor Ort.

Frage 4: Warum ist es wichtig, die ehrenamtlich Tätigen zu beraten?

Im Rahmen des zivilgesellschaftlichen Engagements im Allgemeinen und in der Geflüchtetenhilfe im Speziellen, gilt es häufig Spannungen zwischen dem eignen Wollen und den äußeren Rahmenbedingungen auszuhalten. Engagierte finden sich zudem häufig mit belastenden Situationen und Schicksalen konfrontiert. Dabei gilt es dennoch die eigene seelische Gesundheit und die gegenseitige Freude am Engagement zu schützen und zu erhalten.

Hier kann es hilfreich sein die Resilienz der Engagierten zu steigern. Also Impulse zu geben, um die psychische Widerstandskraft zu stärken und somit belastenden Situationen entspannter, optimistischer und zielorientierter zu begegnen.

Selbstwirksamkeit, Netzwerk- und Lösungsorientierung helfen hierbei.

Frage 5: Worauf freuen Sie sich im Rahmen Ihrer neuen Stelle am meisten?

In einen guten Kontakt und fruchtbaren Austausch mit Netzwerken und einzelnen Akteur:innen zu kommen, um gemeinsam Ehrenamt in der Geflüchtetenhilfe in Ostholstein zu gestalten.

Frau Schnee, wir danken für Ihre Antworten und wünschen Ihnen alles Gute für Ihre neuen Aufgaben. Frau Schnee ist erreichbar unter:

Telefonisch: 04521 788-532 oder per Mail an: l.schnee@kreis-oh.de sowie dem Postfach: ehrenamt-migration@kreis-oh.de

Internationale Vätergruppe in Eutin erfolgreich gestartet

Beim Fachtag „Vater.Sein.Heute.“ im April im Eutiner Familienzentrum wurde die Internationale Vätergruppe mit monatlichen Treffen erfolgreich gegründet. Das Familienzentrum und das Migrationsmanagement des Kreises Ostholstein hatten junge und werdende Väter zu einer Abendveranstaltung eingeladen. Ein Gründungsmitglied der seit 2014 bestehenden „Männergruppe Sereetz“ referierte bei der Auftaktveranstaltung über die Vorteile und den Nutzen einer Gruppe für den Einzelnen.

Die Vätergruppe soll den Austausch mit Vätern von Kindern im Alter bis sechs Jahren über ihr Rollenverständnis und ihrer Identität als Väter ermöglichen. Die Teilnehmer waren Väter mit und ohne Migrationshintergrund, die sich mit Fragen

von Kindesentwicklung, Erziehung und die eigene Position in der Familie auseinandersetzen. Mittlerweile veranstaltete die für weitere Väter offene Gruppe ihre regelmäßigen Treffen auch im Mai und Juni.

Sollten auch Sie mit nicht-migrantischen und migrantischen Vätern von Kindern bis zu sechs Jahren Kontakt haben, freuen wir uns, wenn Sie diese auf die Vätergruppe „Vater.Sein.Heute.“ hinweisen und sie gern zur Teilnahme motivieren.

Ort der nächsten Veranstaltungen: Familienzentrum Eutin, Albert-Mahlstedt-Str. 28, 23701 Eutin

Zeit: Mittwoch, 19.07.2023; 18:00-19:30 Uhr

Ihre Rückfragen und Anmeldungen nehmen gern das Familienzentrum Eutin (04521/8309088, familienzentrum-eutin@kinderschutzbund-eutin.de) oder das Migrationsmanagement der Kreisverwaltung Ostholstein (04521 788-626; migrationsmanagement@kreis-oh.de) entgegen.

Am 23.05.2023 fand der 11. Deutsche Diversity-Tag statt

Der „Deutsche Diversity-Tag“ ist ein jährlich wiederkehrender, bundesweiter Aktionstag, der Organisationen dazu aufruft, sich für Vielfalt einzusetzen und gesellschaftliches Bewusstsein für Vielfalt zu schaffen.

Dieser wurde vom Verein *Charta der Vielfalt e.V.* als größte Arbeitgebenden-Initiative zur Förderung von Diversität in Unternehmen und Institutionen Deutschlands ausgerufen. Herzstück des Vereins ist die Urkunde „*Charta der Vielfalt*“, die zur Anerkennung und Einbeziehung von Vielfalt in der Arbeitskultur gemeinsam von Unternehmen und Politik ins Leben gerufen wurde.

Im Jahr 2021 unterzeichnete Landrat Reinhard Sager die Urkunde für die Kreisverwaltung Ostholstein.

Seither nutzt die Kreisverwaltung die Gelegenheit, am „Deutschen Diversity-Tag“ ihre Mitarbeitenden an die Unterzeichnung zu erinnern und für Vielfalt zu sensibilisieren. In diesem Jahr wurden im Pausenraum der Verwaltung Wandzeitungen der Bundeszentrale für politische Bildung zu den Themen „*Antisemitismus, Sexismus, Rassismus, Antiziganismus, Muslimfeindlichkeit und Homophobie begegnen*“ aufgehängt. Darüber hinaus wurden auf den Tischen sogenannte „*Let's talk: Diversity-Karten*“ ausgelegt, die mit Fragestellungen zu Diversität und Vielfalt im Berufsleben zu Gesprächen über das Thema während

der Frühstücks- und Mittagspause angeregt haben. Zusätzlich wurden noch Quizkarten ausgelegt, mit deren Hilfe die Mitarbeitenden ihr Wissen zum Thema spielerisch überprüfen konnten.

Aufruf - Interkulturelle Woche 2023

Vom 24. September bis zum 01. Oktober 2023 findet in diesem Jahr die Interkulturelle Woche (IKW), eine Initiative der Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie statt. Im Kreis Ostholstein soll ein einheitliches Programm zur Interkulturellen Woche entstehen. Aus diesem Grund sammelt das Migrationsmanagement die kreisweiten Angebote zur Interkulturellen Woche und lässt ein einheitliches Programm erstellen, welches anschließend kreisweit beworben wird. Hierfür werden alle Privatpersonen, Vereine, Kommunen, Organisationen etc. dazu aufgerufen, ihre Angebote und Veranstaltungsideen **bis zum 28.07.2023** an das Migrationsmanagement (04521 788-617; migrationsmanagement@kreis-oh.de) zu melden, so dass ein buntes und vielfältiges Programm entstehen kann. Die Veranstaltungen sollen ein möglichst breites Publikum ansprechen und können von Vorträgen und Lesungen über Kochevents bis hin zu Filmvorführungen, Sportangeboten und Trommelworkshops reichen.

Das diesjährige Motto der Interkulturellen Woche lautet „Neue Räume“. Dabei handelt es sich um ein Motto, welches viel Raum für Interpretationen und Diskussionen bietet: *„Neue Räume öffnen, gestalten, schaffen, verbinden, nutzen oder betreten. Es geht um die Forderung nach neuen Räumen und um das Erkennen von neuen Räumen. Wer hat Zugang, wer bleibt ausgeschlossen und warum? Und braucht es immer neue Räume oder vielleicht auch die Bereitschaft zur Wahrnehmung der bereits erkämpften?“* ([Interkulturelle Woche 2023](#))

Inspirationen für mögliche Angebote sind auf der zentralen [Webseite der IKW](#) als Good-Practice-Beispiele aufgeführt. Auch Werbematerialien stehen auf der Webseite als Download und als Printversion zum Bestellen bereit.



Aktionsprogramm Kommune – Frauen in die Politik!

Anfang des Jahres hat sich der Kreis Ostholstein für das *Aktionsprogramm Kommune – Frauen in die Politik!* beworben. Initiierend und federführend für die Bewerbung war der Arbeitskreis der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Ostholstein (AKGBOH), der aus haupt- und ehrenamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Ostholstein besteht. Die Bewerbung konnte sich durchsetzen, so dass das Projekt nun im Kreis Ostholstein starten kann. In der offiziellen Pressemitteilung vom 03.05.2023 heißt es:

„Bundesweit nur ca. 28 Prozent: Noch immer sind Frauen in der Kommunalpolitik deutlich unterrepräsentiert. Der Kreis Ostholstein will das ändern und den Frauenanteil mit der Teilnahme am „Aktionsprogramm Kommune – Frauen in die Politik!“ nachhaltig erhöhen. In den nächsten anderthalb Jahren werden in Zusammenarbeit mit dem Projektteam Förder- und Vernetzungsaktivitäten umgesetzt, ein überparteiliches und überregionales Mentoring-Programm sowie Beratungsformate und Vernetzungstreffen angeboten und von Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Das Projekt „Aktionsprogramm Kommune – Mehr Frauen in die Politik“ wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert und von der EAF¹ Berlin in Kooperation mit dem Deutschen LandFrauenverband e.V. (dlv) durchgeführt.

Eine unabhängige und fachkundige Jury hat am 19. April 2023 unter Vorsitz des BMFSFJ die zehn Regionen für den zweiten Turnus des Programms ausgewählt. Unter diese zehn Modellregionen hat es auch der Kreis Ostholstein geschafft und wird ab Juni offiziell die Arbeit aufnehmen. Mit nur durchschnittlich 28 Prozent sind Frauen in den kommunalen Vertretungen noch immer deutlich unterrepräsentiert. Bei den Landrätinnen liegt der Anteil sogar nur bei 9,5 Prozent und nur jedes zehnte Rathaus wird von einer Bürgermeisterin geführt. Im Kreis Ostholstein beträgt der Frauenanteil im Kreistag 28 Prozent, in den Städte- und Gemeinderäten sind Frauen zwischen 9 und 46 Prozent vertreten. Die Koordinierung und Durchführung des Programms übernimmt Anna-Theresa Boos, Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Ostholstein. Die Partnerregionen bilden bis zum Beginn der nächsten Runde im Juni Steuerungsgruppen, um einen regionalen Aktionsfahrplan zu erarbeiten und die Aktivitäten vor Ort zu koordinieren.“
([Pressemitteilung Kreis Ostholstein](#))

¹ Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft

Im Kreis Ostholstein soll bei diesem Projekt Gleichstellung, Intersektionalität und Diversität von Beginn an mitgedacht werden. Aus diesem Grund sollen innerhalb der Steuerungsgruppe, die am 11.07.23 zum ersten Mal tagt, Ideen gesammelt und Maßnahmen entwickelt werden, die explizit auch die Bedürfnisse und besonderen Herausforderungen von Migrantinnen miteinbeziehen.

Aktuelles aus Schleswig-Holstein

Auszüge aus dem Zuwanderungsbericht Schleswig-Holstein Mai 2023

„Im Mai 2023 wurden 734 Schutzsuchende ohne Ukraine-Bezug in Schleswig-Holstein erfasst. Das sind rund 8 Prozent mehr als im April. Zum Vergleich: Im Mai 2022 wurden 456 Schutzsuchende ohne Ukraine-Bezug aufgenommen. Die häufigsten Herkunftsländer waren Syrien (187), Afghanistan (185) und Türkei (94). Die Zahl der Vertriebenen aus der Ukraine, die in den Landesunterkünften aufgenommen wurden, sank im Mai im Vergleich zum Vormonat um fast 90 Prozent von 625 auf 71. In Schleswig-Holstein waren laut Ausländerzentralregister am 28.05.2023 34.066 Vertriebene aus der Ukraine erfasst – 790 mehr als im Vormonat. Die durchschnittliche Belegung der Landesunterkünfte im April lag bei 3.718 Personen. Damit hat sie sich gegenüber dem Vormonat nicht nennenswert verändert. Die Zahl der vom Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge auf die Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein verteilten Flüchtlinge ist seit März von 1.565 auf 823 im Mai kontinuierlich gesunken. Grund dafür ist die sinkende Zahl ukrainischer Vertriebener, die in den Landesunterkünften aufgenommen und von dort verteilt werden. Im Mai 2023 sind 74 vollziehbar ausreisepflichtige Personen freiwillig ausgereist. 19 Personen wurden abgeschoben, 32 nach dem Dublin-Verfahren in zuständige europäische Länder überstellt. Diese Zahlen umfassen sowohl Ausreisen mit Beteiligung des Landesamts für Zuwanderung und Flüchtlinge als auch solche in Verantwortung der Kreise und kreisfreien Städte, soweit sie dem Landesamt gemeldet wurden.“

Quelle: https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/LAZUF/Aktuelles/Zuwanderungsbericht/Downloads_zuwanderungsbericht/2023_Mai_Zuwanderungsbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=3 vom 29.06.2023

„Leben in Schleswig-Holstein mit weiblicher Genitalbeschneidung, ein Tabuthema, das uns alle angeht.“ – FGM/C-Fachveranstaltung am 15.06.23

In Schleswig-Holstein leben laut einer Dunkelzifferschätzung von Terre des Femmes aktuell mehr als 3.000 Frauen, die von weiblicher Genitalbeschneidung/-verstümmelung (FGM/C) betroffen sind sowie bis zu 461 weitere Mädchen, die akut bedroht sind.

Am 15.06.23 hat die Diakonie Altholstein mit TABU, ihrer Fachstelle für Frauengesundheit mit dem Schwerpunkt FGM/C gemeinsam mit dem Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein zu einer Fachveranstaltung mit dem Titel „Leben in Schleswig-Holstein mit weiblicher Genitalbeschneidung, ein Tabuthema, das uns alle angeht.“ ins Landeshaus eingeladen.

Neben den Grußworten von Gyde Jensen, MdB und Schirmfrau der Fachstelle TABU, sowie Gesa Kitschke, Diakonie Altholstein, leitete Torsten Döhring, Stellvertretender des Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, die Veranstaltung mit einem Einblick in die herausfordernde Situation geflüchteter Frauen im Asylverfahren ein.

Es folgten zwei Fachvorträge. Zum einen berichtete Dr. Christoph Zerm, Facharzt für Gynäkologie und Geburtshilfe sowie Sprecher für das INTEGRA-Netzwerk gegen weibliche Genitalverstümmelung, mit welchen Herausforderungen von FGM/C betroffene Frauen konfrontiert werden.

Anschließend berichtete Britta Jaks, Sonderbeauftragte für geschlechtsspezifisch Verfolgte, Opfer von Menschenhandel und traumatisierte Folteropfer beim BAMF über FGM/C im Asylverfahren aus der Perspektive des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Hier wurde deutlich, dass das BAMF in den Anhörungen des Asylverfahrens bei Frauen aus Regionen, in denen FGM/C praktiziert wird, zwar explizit nach einer möglichen Betroffenheit fragt, jedoch aufgrund des Fachkräfte- und Dolmetscherinnenmangels nicht gewährleistet werden kann, dass bei jedem FGM/C-Verdachtsfall ausschließlich weibliche Befragterinnen und Dolmetscherinnen anwesend sind, was für viele Betroffene eine große Hürde darstellt.

Inhaltlich schloss die Veranstaltung mit einer Podiumsdiskussion zum Thema „FGM/C: eine Herausforderung für Schleswig-Holstein?!“ ab. Hier diskutierten Narmin Kareem, Aktivistin gegen FGM/C, allgemein vereidigte Dolmetscherin & ermächtigte Übersetzerin für Arabisch, Kurdisch Kurmanci & Sorani, Diana Lekoyiet, Aktivistin gegen FGM/C und Mitarbeiterin in der Fachstelle TABU, Diakonisches Werk Altholstein GmbH, Prof. Dr. Nicolai Maass, Direktor der Klinik

für Gynäkologie und Geburtshilfe, Universitätsklinik Schleswig Holstein, und Renate Sticke, Projektleiterin Fachstelle für Frauengesundheit mit dem Schwerpunkt FGM/C, Landeskoordinatorin FGM/C in Schleswig-Holstein, Diakonisches Werk Altholstein GmbH und stellten sich den Fragen des Publikums. In der Diskussionsrunde wurde deutlich hervorgehoben, dass die Ärzt:innen in Schleswig-Holstein in Zukunft vermehrt miteinbezogen werden, indem in Kooperation mit TABU Ärzt:innen für das Thema sensibilisiert und geschult werden.

Darüber hinaus wurde vom Publikum angeregt, verstärkt die Communities bei der Sensibilisierung und Bekämpfung von FGM/C miteinzubeziehen.

Die Moderation übernahm Alexandra Antwi-Boasiako, die das Publikum und die Referent:innen trotz des bedrückenden Themas mit Leichtigkeit durch den Tag führte, wichtige Fragen stellte und den Austausch förderte.

Aktuelles bundesweit

Entscheidungen beim Berliner Flüchtlingsgipfel im Mai

Am 10.05.2023 lud Bundeskanzler Scholz die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten zu einem Flüchtlingsgipfel ins Berliner Kanzleramt ein.

Damit wurde auf die Forderungen der Länder nach Klärung wichtiger Fragen in der Zuwanderungspolitik bei steigenden Zahlen von Schutzsuchenden reagiert.

Fragen zur Erhöhung der Bundesmittel zur Unterstützung der Länder und Kommunen bei der Unterbringung von steigenden Zuwanderungszahlen, insbesondere von Menschen aus der Ukraine, Vereinfachung der künftigen Asylantragstellung und Entlastung der Verfahrensbeteiligten, so dass die hohen Zahlen asylverfahrens-, aufenthalts- und leistungsrechtlicher Einzelfälle angemessen bewältigt werden können, sollten thematisiert und vom Bundeskanzler beantwortet werden. Im Vorfeld äußerten sich vermehrt Kommunen, dass sie die Belastungsgrenzen erreicht hätten.

Dabei kam es zu u.a. zu folgenden Ergebnissen und Beschlüssen:

Ursprünglich hatte der Bund für 2023 eine einmalige Pauschale für die Aufnahme der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in Höhe von 1,5 Milliarden Euro zugesagt. Für die Versorgung aller anderen Schutzsuchenden sollte es ab 2023 jährlich 1,25 Milliarden Euro geben. Dieser Betrag wird jetzt um eine Milliarde erhöht auf 2,25 Milliarden Euro. Bundeskanzler Olaf Scholz sagte einmalig für 2023 eine zusätzliche Milliarde Euro vom Bund zu.

Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder halten insbesondere zügige Registrierungen und eine anschließende schnelle Zuführung der Asylsuchenden zum BAMF für notwendig und streben eine Asylantragstellung binnen zwei Wochen und eine Anhörung beim BAMF binnen vier Wochen an; die Länder gewährleisten eine Mindestverweildauer der Asylantragsteller:innen in der Erstaufnahmeeinrichtung innerhalb dieser Fristen. Weiterhin war man sich darüber einig, dass alle Verfahrensbeteiligten (z.B. BAMF, Verwaltungsgerichte, Ausländer- und Sozialbehörden) personell und organisatorisch so aufgestellt sein müssen, um auf steigende Zuwanderungszahlen reagieren zu können und Asylverfahren zu beschleunigen. Außerdem will Bundeskanzler Scholz Asylverfahren beschleunigen, die EU-Außengrenzen besser schützen, Rückführungsabkommen aushandeln und den Ausreisegewahrsam von zehn auf 28 Tage verlängern. Die Bundesebene hatte bereits vor dem Gipfel hohe Milliardenbeträge für die Unterbringung und Versorgung Geflüchteter aufgewendet. Nach einer internen Aufstellung des Kanzleramts, handelt es sich um 15 Milliarden Euro im Jahr 2022. Für das Jahr 2023 wird noch einmal mit rund 15,6 Milliarden gerechnet. Zahlreiche Bundesliegenschaften habe Berlin den Ländern zur Unterbringung kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Ausblick:

Ein Beschluss über die künftige Zuwanderungspolitik soll erst bei einer nächsten Bund-Länder-Konferenz am 23. November gefällt werden. Offen bleiben damit auch vorerst die Fragen nach möglicherweise schnelleren Abschiebungen und flächendeckenderen Grenzkontrollen an den deutschen Außengrenzen.

Im November soll außerdem darüber beraten werden, ob der Bund wieder Pro-Kopf-Pauschalen zahlt. Die Länder fordern ein dynamisches System, das sich anpasst, je nachdem wie viele Geflüchtete und Asylbewerber:innen kommen.

Bundeskanzler Scholz erklärte beim Ende des Gipfels zum Fehlen langfristiger, mehrjähriger Beschlüsse, dass aktuell ja noch niemand sagen könne, wie sich die Zahl der Asylbewerber:innen und die der ukrainischen Kriegsgeflüchteten in den nächsten Monaten entwickeln werde. Daher muss die Bundesregierung Möglichkeiten behalten, auf Entwicklungen flexibel reagieren zu können.

Quelle: <https://www.deutschlandfunk.de/fluechtlingsgipfel-bund-laender-kommunen-100.html> vom 11.05.2023

Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) sendet mit Gipfel im Juni Signal gegen Putins Krieg

Gipfel in Moldau:

Am 01.06.2023 trafen sich auf Einladung der moldauischen Präsidentin Maia Sandu und des Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel 47 Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten sowie weiterer europäischer Staaten zu einem Gipfel der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) in der moldauischen Hauptstadt Chişinău.

Eingeladen waren neben den 27 EU-Ländern auch die EU-Beitrittskandidaten (Albanien, Montenegro, Nordmazedonien, Moldau, Serbien, Türkei, Ukraine), die potenziellen EU-Beitrittskandidaten (Bosnien und Herzegowina, Georgien, das Kosovo) sowie Andorra, Armenien, Aserbaidschan, Island, Liechtenstein, Monaco, Norwegen, San Marino, die Schweiz und das Vereinigte Königreich. Außerdem haben der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, und die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, teilgenommen.

Wirkung:

Bundeskanzler Scholz erklärte am Ende des Gipfels, dass trotz vorhandener Streitigkeiten zwischen einzelnen Ländern alle versammelten Mitgliedsstaaten der Europäischen Politische Gemeinschaft die Ansicht eint, „dass der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ein Angriff auf die Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa ist.“ Der Bundeskanzler betonte, dass der EPG-Gipfel ein starkes Signal gegen den russischen Imperialismus darstellt.

Dass Belarus und Russland beim Gipfel nicht anwesend waren, sei ein Zeichen der heutigen Zusammenkunft, sagte der Bundeskanzler bei der Abschlusspressekonferenz in der Republik Moldau. Damit stehe das Treffen in einer großen Tradition: nämlich in der Vorstellung, dass Souveränität und territoriale Integrität Dinge seien, die man beachten soll und „der Frieden untereinander eine große Bedeutung für uns in Europa hat“.

Der Kanzler betonte noch einmal: „Gemeinsam stehen wir eng an der Seite der Ukraine. Und wir werden nicht nachlassen die Ukraine weiter zu unterstützen – politisch, finanziell, humanitär aber auch mit Waffen.“

Deshalb habe das Treffen auch Symbolkraft: „Die Republik Moldau ist neben der Ukraine wie kaum ein zweites europäisches Land den fortwährenden Destabilisierungs-Versuchen Moskaus ausgesetzt“, so Scholz.

Hintergrund:

Die EPG wurde nach einem Vorschlag von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron aus dem Mai 2022 als Format für die politische Koordinierung gegründet, ersetzt jedoch keine bestehende Organisation, Strukturen und Prozesse wie z.B. den EU-Beitrittsprozess und soll aktuell auch keine neuen schaffen.

Im Rahmen der EPG sollen die EU-Beitrittskandidaten, die EFTA-Mitgliedstaaten sowie das Vereinigte Königreich als ehemaliges EU-Mitglied enger an die Europäische Union gebunden und ihnen so eine Möglichkeit der Mitarbeit in deren Politikfeldern gegeben werden, ohne Vollmitglied sein zu müssen.

Daher wurde dieses Format auch bereits als eine Art „assozierte EU-Mitgliedschaft“ beschrieben. Als Hintergrund ist auch zu sehen, dass die derzeitigen Beitrittskandidaten größtenteils als noch nicht beitriffähig angesehen werden, man ihrem Wunsch der engeren Kooperation aber (zunächst) auf diese Weise entsprechen will bzw. andere Teilnehmerstaaten derzeit nicht EU-Mitglied werden wollen.

Der erste Gipfel der EPG fand im Oktober 2022 in Prag statt.

Quelle: Vgl. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/die-republik-moldau-ist-nicht-allein-2194252> vom 05.06.2023

Einigung von EU-Staaten am 08.06.2023 in Luxemburg: Asylverfahren sollen verschärft werden

Nach jahrelangem Streit hat sich die EU auf eine Asylreform geeinigt. Sie soll vor allem die Anzahl der Neuzuwanderungen von Menschen ohne Anrecht auf Schutz reduzieren.

Beim Innenminister:innentreffen in Luxemburg wurde umfassenden Reformplänen zugestimmt. Sie sehen insbesondere einen deutlich rigideren Umgang mit Migrant:innen ohne Bleibeperspektive vor. So sollen ankommende Menschen aus als sicher geltenden Ländern künftig nach dem Grenzübertritt in streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen kommen. Dort würde dann im Normalfall innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden, ob die Antragsteller:in eine Chance auf Asyl hat. Wenn nicht, soll die Person umgehend zurückgeschickt werden.

Die Bundesregierung hatte sich in den Verhandlungen nachdrücklich dafür eingesetzt, dass Familien mit Kindern von den sogenannten Grenzverfahren ausgenommen werden. Um den Durchbruch zu ermöglichen, musste sie allerdings letztlich akzeptieren, dass dies doch möglich sein könnte.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser sagte bei dem Treffen allerdings, dass sich die Bundesregierung weiter dafür einsetzen wird, dass alle Kinderrechte gewährt bleiben.

Nancy Faeser zeigte sich trotz des Verzichts Deutschlands auf die Forderung zum eingeschränkten Grenzverfahren zufrieden: "Können endlich für eine verlässliche Steuerung und Ordnung der Migration und eine neue, solidarische Migrationspolitik sorgen", hieß es in einer Mitteilung des Innenministeriums. Außerdem sprach Faeser auf Twitter von einem "historischen Erfolg - für die Europäische Union, für eine neue, solidarische Migrationspolitik und für den Schutz von Menschenrechten".

Neben den verschärften Asylverfahren sehen die nun beschlossenen Pläne auch mehr Solidarität mit den stark belasteten Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen vor. Die Solidarität soll künftig nicht mehr freiwillig, sondern verpflichtend sein. Länder, die keine Geflüchteten aufnehmen wollen, würden zu Ausgleichszahlungen gezwungen werden.

Auch Bundesaußenministerin Annalena Baerbock verteidigte die Entscheidung. "Der Kompromiss ist ganz und gar kein einfacher." Sie erklärte weiter: "Wer meint, dieser Kompromiss ist nicht akzeptabel, der nimmt für die Zukunft in Kauf, dass niemand mehr verteilt wird", so Baerbock.

Die noch ausstehenden Verhandlungen mit dem EU-Parlament sollen im Idealfall noch vor Ende des Jahres abgeschlossen werden. Dann könnten die Gesetze noch vor der Europawahl im Juni 2024 beschlossen werden. Sollte dies nicht gelingen, könnten veränderte politische Kräfteverhältnisse Neuverhandlungen nötig machen.

Quelle: Vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-asylreform-einigung-100.html> vom 08.06.2023

Terminkalender

Alle Angaben unter Vorbehalt.

Nächstes Treffen der Internationale Vätergruppe

Datum: Mittwoch, 19.07.2023, 18:00-19:30 Uhr

Ort: Familienzentrum Eutin, Albert-Mahlstedt-Str. 28, 23701 Eutin

Veranstalter: Migrationsmanagement Kreis Ostholstein und Familienzentrum Eutin

Nächste Sitzung des Migrationsforums Ostholstein

Datum: Mittwoch, 13. September 2023, 15:30-17:00 Uhr

Ort: Hybrid oder im Kreishaus, Ostholstein-Saal, Lübecker Str. 41, 23701 Eutin

Veranstalter: Migrationsforum Ostholstein

Anmeldung: migrationsmanagement@kreis-oh.de

Interkulturelle Woche 2023

Datum: 24. September – 01. Oktober 2023

Ort: Bundesweite Aktionstage

Veranstalter: Vereine, Verbände, Institutionen, Kirchen

Veranstaltungshinweise für die nächste Ausgabe des Newsletters nehmen wir bis zum 15. September 2023 entgegen unter migrationsmanagement@kreis-oh.de

Kontakt

Migrationsmanagement

migrationsmanagement@kreis-oh.de

Frau Lisa-Marie Haafke Tel. 04521 788-617

l.haafke@kreis-oh.de

Herr Dr. Björn Haberer Tel. 04521 788-626

b.haberer@kreis-oh.de

Migrationsberatung

migrationsberatung@kreis-oh.de

Frau Amalia Wunderlich Tel. 04521 788-413

a.wunderlich@kreis-oh.de

Frau Carolin Schrank Tel. 04521 788-625

c.schrank@kreis-oh.de

Beratungsstelle für ehrenamtliche Flüchtlingshilfe

ehrenamt-migration@kreis-oh.de

Frau Liane Schnee Tel. 04521 788-532

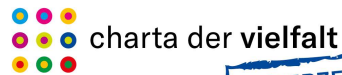
l.schnee@kreis-oh.de

Datenschutz

E-Mail-Adressen, die Sie im Rahmen der Bestellung von diesem Newsletter angeben, werden ausschließlich für den Versand und die Evaluation dieses Informationsangebotes verwendet. Die Datenschutzerklärung ist auf der Homepage des Kreises unter www.kreis-oh.de einsehbar.

Impressum

Kreis Ostholstein
Fachdienst Soziale Hilfen
Lübecker Straße 41
23701 Eutin



1. Auflage: Juni 2023

Gefördert durch:



Schleswig-Holstein
Ministerium für Soziales, Jugend,
Familie, Senioren, Integration
und Gleichstellung